

Antrag Nr. 6

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 10. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode am 13.11. 2018
der Arbeiterkammer Niederösterreich**

Ernsthafte Kampfperspektive für ein neues Arbeitszeitrecht

Angesichts des überfallartigen Durchpeitschens des neuen Arbeitszeitverlängerungs- und Flexibilisierungsgesetzes mit 1. September, ist es seitens der Institutionen der Gewerkschaftsbewegung gefordert, diesen Frontalangriff entsprechend zu parieren und diesem eine progressive Alternative entgegenzustellen.

Dahingehend ist in der Tat eine gemeinsame Initiative der AK und des ÖGB, unter breiter *„Miteinbeziehung der ArbeitnehmerInnen auf Regional-, Landes- und Bundesebene“* (wie in der „Initiative für ein modernes Arbeitszeitrecht“ geplant) von Nöten. Ebenso unstrittig ist die Bedeutsamkeit einer diesbezüglichen *„Einbeziehung von ExpertInnen aus Wissenschaft und der Zivilgesellschaft unter Berücksichtigung der Rückmeldungen aus den Betrieben auf Landes- und Bundesebene auch in öffentlichen Veranstaltungen“*.

Allerdings: wie sowohl der aktuell über uns hinwegrollende reaktionäre Backlash, aber auch der jahrzehntelange Stillstand einer umfassenden und generellen Arbeitszeitverkürzung (Stichwort: 35-Stunden-Woche) zeigen, ist die Arbeitszeitfrage keine vorrangige Frage der „besseren Argumente“, sondern vielmehr eine knallharte Frage der gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse sowie eine grundlegende Frage der Konflikt- und Kampfformen.

Heute erfordert, wie auf breiter Front immer offensichtlicher wird, selbst die Verteidigung der historisch erstrittenen Errungenschaften unser entschiedenes Agieren. Denn die Zeiten einzelner „Zugeständnisse von Oben“ und „sozialpartnerschaftlicher Kompromisse“ am „Grünen Tisch“ sind definitiv vorbei. Und das gilt natürlich umso mehr für alle vorwärtsweisenden Verbesserungen der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeitenden, für eine soziale Wende der Verhältnisse.

Darin liegt auch die Unumgänglichkeit einer gewerkschaftspolitischen Wende. Die weiterhin bestehende Orientierung dagegen, anstatt einer nötigen kämpferischen Wende, immer noch auf einen vermeintlich „herrschaftsfreien politischen Diskurs“ zu setzen, führt, wie man derzeit sieht, ins Desaster.

Die Zentralperspektive und der Schlusspunkt einer nötigen Initiative für ein neues Arbeitszeitrecht im Interesse der Beschäftigten kann daher auch nicht in der bloßen „Diskussion mit den Parteien“ liegen, sondern braucht eine von den Beschäftigten in den Betrieben mitentwickelte ernsthafte Kampfperspektive. Andernfalls verkommt auch die angedachte „Mitglieder-Einbindung“ zu einem nur allzu durchsichtigen sozialdemokratisch dominierten Wahlkampfgeg.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Niederösterreich:

- *Die AK NÖ ergänzt zusammen mit dem ÖGB die gemeinsame „Initiative für ein modernes Arbeitsrecht“ um die Entwicklung konkreter Kampfperspektiven, in konsequenter Einbeziehung aller AK- und ÖGB-Mitglieder.*